

Vorlage  
für die Sitzung des Ausschusses für Integration, Bundes- und Europa-  
angelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit der  
Bremischen Bürgerschaft am 22. November 2011

## **TOP 5.1**

### **Haushaltsvorentwürfe 2012/2013 Kapitel 0028; Produktplan 05**

Die Ressorts sind gebeten worden, bereits im Haushaltsaufstellungsverfahren die zuständigen Ausschüsse der Bremischen Bürgerschaft zu beteiligen.

Die nachfolgenden Darstellungen beruhen auf dem Stand vom 11. November 2011. Der Ressourceneinsatz ist dargelegt, aber ein Teil der Personaldaten (im Wesentlichen statistische Angaben) steht noch aus, da das hierfür erforderliche IT-Modul wie das für den Stellenplan derzeit von der Senatorin für Finanzen vorbereitet wird. Soweit bis zur Ausschusssitzung am 22.11.2011 dies zur Verfügung steht, werden die noch fehlenden Daten und der Stellenplan dem Ausschussesekretariat umgehend zur Weiterleitung übermittelt.

Mit dem Wechsel der Geschäftsbereiche Europa und Entwicklungszusammenarbeit zur Bevollmächtigten beim Bund und für Europa wird dieser Wechsel jetzt auch zum Haushalt 2012 vollzogen. Unter dem Produktbereich 05.01 werden neben der existierenden Produktgruppe 05.01.01 „Vertretung bremischer Interessen beim Bund“ die Produktgruppen 05.01.02 „Dienstleistungen im Bereich Europa“ und 05.01.03 „Maßnahmen zur Entwicklungszusammenarbeit“ (wieder) eingerichtet. Die Haushaltseckwerte 2011 wurden für 2012 unverändert vom Ressort Umwelt, Bau und Verkehr zur Bevollmächtigten beim Bund und für Europa verlagert.

In allen drei Produktgruppen mussten die Einnahme- und Ausgabeckwerte korrespondierend verändert werden, um die vorgeschriebene Bruttoveranschlagung von Einnahmen und Ausgaben zu realisieren. In der Summe bleiben die Salden Einnahmen/Ausgaben dabei konstant. Es handelt sich um zweckgebundene Einnahmen und refinanzierte Personalausgaben. Darüber hinaus sind Entnahmen aus der Rücklage „Altersteilzeit“ für Europa bzw. Entwicklungszusammenarbeit erforderlich.

## **Einnahmen**

### 05.01.01 „Vertretung bremischer Interessen beim Bund“

Dies sind im Wesentlichen die Einnahmen aus dem Betrieb des Gästehauses und die Kostenerstattungen für Veranstaltungen mit Dritten, die allein mit 200 Tsd. € veranschlagt sind.

Die Erreichung dieser Ziele scheint realisierbar, vorausgesetzt wird eine weiterhin bestehende Bereitschaft Dritter zur Kostenbeteiligung bzw. –erstattung. Zurzeit ist allerdings die Zahl der Veranstaltungen Dritter rückläufig (Auswirkungen der Finanzkrise).

### 05.01.02 „Dienstleistungen im Bereich Europa“

Veranschlagt sind 25 Tsd. € an zweckgebundenen Zuwendungen der EU für den EPB. Korrespondierend dazu wurden auch die Ausgaben veranschlagt.

### 05.01.03 „Maßnahmen zur Entwicklungszusammenarbeit“

Keine nennenswerten Einnahmen. Das Preisgeld für den Titel „Hauptstadt Fairer Handel“ soll dem Bremer entwicklungspolitischen Netzwerk (ben) zur treuhänderischen Verwaltung zufließen und erscheint daher nicht im Haushaltsentwurf. Aus Landesmitteln werden für die Jahre 2012 und 2013 ergänzend jeweils € 15.000.- bereitgestellt.

## **Personalausgaben**

### 05.01.01 „Vertretung bremischer Interessen beim Bund“

Vorgesehen ist für die Landesvertretung Bremen in Berlin ein Beschäftigungsvolumen (Zielzahl) von 20,4 bis Ende 2013. Nach Auffassung des Ressorts wäre mit einem solchen Personaleinsatz die Vertretung im Kreise der anderen Länder nicht mehr funktionsfähig. Unabhängig von der Frage, ob sich mit diesem reduzierten Beschäftigungsvolumen die Aufgaben der Landesvertretung Bremen in Berlin adäquat erledigen lassen, ist die Realisierung der Einsparquoten und damit die Einhaltung des Budgets abhängig von einer entsprechenden Personalfuktuation. Auch dann wäre die vorgegebene Zielzahl nicht erreichbar. Das zurzeit besetzte Volumen beträgt 24,5 und stellt nach Auffassung des Ressorts das Minimum an Beschäftigten dar. Hier müssen mittelfristig andere Lösungen gefunden werden. Das auf der Basis der Zielzahl von 20,4 errechnete Budget für 2013 von rd. 1.176 Tsd. € für den Kernbereich ist bei weitem nicht ausreichend.

### 05.01.02 „Dienstleistungen im Bereich Europa“

### 05.01.03 „Maßnahmen zur Entwicklungszusammenarbeit“

Für beide Bereiche ist eine Zielzahl bis Ende 2013 von 11,56 vorgesehen. Eine Realisierung dieser Zielzahlen ist ohne die Reduzierung von Kernaufgaben nicht gegeben. Auch hier gilt wie für die Vertretung Bremens in Berlin, dass mittelfristig Lösungen gefunden werden müssen.

## **Konsumtive Sachausgaben**

### 05.01.01 „Vertretung bremischer Interessen beim Bund“

Im Bereich der konsumtiven Sachausgaben musste in den letzten Jahren festgestellt werden, dass die Einhaltung der Eckwerte nicht mehr gegeben war, da allein die fixen Kosten des Gebäudes in Berlin zum Schluss fast 95 % der Ausgaben der Landesvertretung Bremen in Berlin ausmachten. Dem hat der Senat in der Haushaltsaufstellung Rechnung getragen, indem er beschlossen hat, den Eckwert um 150 Tsd. €/Jahr zu erhöhen, um die Handlungsfähigkeit wieder herzustellen.

Die real verfügbaren Mittel in 2012 (das heißt der Eckwert ohne die veranschlagten Einnahmemittel im Wesentlichen für Veranstaltungen) betragen rd. 1.598 Tsd. €. Von diesen 1.598 Tsd. € sind wiederum rd. 90 % für Mieten und Bewirtschaftungskosten der Gebäude gebunden (1.439 Tsd. €). Allein die Miete macht schon 1.250 Tsd. € aus. Allerdings konnten die Haushaltsansätze für Repräsentation und Außendarstellung der Freien Hansestadt Bremen in Berlin von 17 Tsd. € (2011) auf 73 Tsd. € angehoben werden. Wie in der „Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen“ dargestellt, ist damit ein Minimum der eigenen Außendarstellung möglich, ohne dass die Einbeziehung Dritter in Form von Kooperationsveranstaltungen vernachlässigt wird.

### 05.01.02 „Dienstleistungen im Bereich Europa“

Wie für die Vertretung Bremens in Berlin gilt auch für den Bereich Europa, dass neben der Festlegung von erheblichen Teilen des Eckwertes für Miet- und Bewirtschaftungskosten der Gebäude die finanzielle Ausstattung für Präsentationsaufgaben des Landes in Brüssel und die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit im Lande Bremen ein Minimum darstellt. Insoweit wird auch auf „Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen“ verwiesen.

2012 richtet Bremen die Jahreskonferenz der Nordseekommission der KPKR in Bremerhaven aus, der Europaabteilung obliegt die Konferenzorganisation. Ein Teil der Kosten wurde bereits innerhalb des Eckwertes veranschlagt. Abhängig vom Haushaltsverlauf müssen eventuell Rücklagen in Anspruch genommen werden.

2013/2014 hat die Freie Hansestadt Bremen turnusmäßig den Vorsitz der Europaminister-Konferenz (EMK) inne. Auch hierfür wurde ein Teilbetrag veranschlagt. Für die weiteren Kosten ist vorgesehen, ebenfalls Rücklagen in Anspruch zu nehmen. Neben konsumtiven Mehrausgaben wird ein befristeter Personalmehrbedarf unvermeidlich sein.

### 05.01.03 „Maßnahmen zur Entwicklungszusammenarbeit“

Der Forderung aus dem Koalitionsvertrag, den Eckwert nicht zu kürzen, wurde entsprochen, die Projektmittel werden unverändert in gleicher Höhe wie 2011 veranschlagt. Gleichzeitig werden allgemeine Verwaltungsausgaben etc. gekürzt, um 15.000 €/Jahr zur Aufstockung der Mittel für Maßnahmen Bremens als „Hauptstadt des Fairen Handels 2011“ zu ermöglichen. Wie auch das Preisgeld ausschließlich zweckgebunden für Projekte des Fairen Handels zu verwenden ist, sieht das Ressort

es als seine Pflicht an, die Aufstockung um 100 % (verteilt auf zwei Jahre), ebenso als zweckgebunden zu betrachten.

## **Investive Ausgaben**

### 05.01.01 „Vertretung bremischer Interessen beim Bund“

Die 56 bzw. 58 Tsd. € dienen der Erhaltung und Instandsetzung des Gebäudes und der technischen Einrichtungen. Hinzu kommen Ersatzbeschaffungen. Dies ist auch vor dem Hintergrund der Vermietbarkeit und damit Einbeziehung Dritter bei Kooperationsveranstaltungen notwendig.

### 05.01.02 „Dienstleistungen im Bereich Europa“

#### 05.01.03 „Maßnahmen zur Entwicklungszusammenarbeit“

Die bisherigen Eckwerte jeweils 1.000 € sind für Ersatzbeschaffungen in keiner Weise ausreichend. Von daher wurden 17 (EU) bzw. 5 Tsd. € (EZ) veranschlagt. Dies wurde durch Kürzung des konsumtiven Eckwertes bei 05.01.01 realisiert, um den Saldo auf Produktbereichsebene einzuhalten.

**Als Anlage sind die Haushaltsvorentwürfe beigefügt.**